

**FRAGENKATALOG AN DAS DESIGNIERTE
KOMMISSIONSMITGLIED****Dubravka ŠUICA****Mittelmeerraum****1. Allgemeine Befähigung, Einsatz für Europa und persönliche Unabhängigkeit**

Welche Aspekte Ihrer persönlichen Qualifikationen und Erfahrungen sind für Ihre künftige Tätigkeit als Mitglied der Kommission und für die Durchsetzung der allgemeinen Interessen der Union besonders relevant, insbesondere in Bezug auf das Ressort, für das Sie zuständig wären? Wie gedenken Sie zur Umsetzung der politischen Leitlinien der Kommission beizutragen? Wie gedenken Sie die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung umzusetzen und den Gleichstellungsaspekt in alle Politikbereiche ihres Geschäftsbereichs einzubeziehen? Wie gedenken Sie die durchgängige Berücksichtigung der Anliegen junger Menschen umzusetzen?

Welche Garantien für Ihre Unabhängigkeit können Sie dem Parlament geben, und wie können Sie sicherstellen, dass durch Ihr vergangenes, derzeitiges und künftiges Handeln keine Zweifel daran aufkommen, wie Sie Ihr Amt in der Kommission ausüben?

Ich sage ganz offen, dass ich nicht in einer Demokratie geboren wurde! Dennoch fühlte ich mich, obwohl ich damals unter einem undemokratischen Regime lebte, mit anderen außerhalb dieses Regimes durch gemeinsame Werte verbunden. Die Hoffnung auf ein besseres Leben für kommende Generationen kann über Land und Wasser hinweg ein Band zwischen Menschen entstehen lassen! Diese Erfahrung macht mich zu einer starken Verfechterin der Demokratie. Die Demokratie ist ein Privileg und eine Verantwortung. Daher unterstütze ich die Politischen Leitlinien 2024-2029, die auf Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, nachhaltigem Wohlstand sowie Verteidigung und Sicherheit beruhen. Unsere beste Option für Europa ist die Union!

Ich stehe bereits zum zweiten Mal als designiertes Kommissionsmitglied vor dem Europäischen Parlament, diesmal um für das Ressort Mittelmeer bestätigt zu werden. Die Geschichte von Menschen wie mir ist bezeichnend für die geopolitische, strategische Macht der Europäischen Union als regionaler und globaler Akteur. Meine Karriere als Lehrerin und als gewählte Politikerin, die in drei Jahrzehnten alle Regierungs- und Verwaltungsebenen kennengelernt hat, ist eine exzellente Voraussetzung, um auf europäischer Ebene erfolgreich zu sein. Meine Erfahrung aus zwei Amtszeiten als Bürgermeisterin von Dubrovnik (2001 bis 2009) stellt eine Bereicherung dar, denn letztlich ist Politik immer lokal! In dieser Zeit habe ich den ersten Kinder-Stadtrat gegründet. Eine repräsentative Demokratie muss den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort etwas bringen. Ich wurde in das kroatische Parlament gewählt, dem ich von 2000 bis 2011 angehörte. 10 Jahre lang (2004-2014) war ich Vizepräsidentin des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, dessen Hauptpfeiler Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind.

Als überzeugte Europäerin verfüge ich über umfangreiche Erfahrungen mit dem Prozess der Integration Kroatiens in die Europäische Union, insbesondere als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für europäische Integration des kroatischen Parlaments. Ich wurde vier Mal nacheinander ins Europäische Parlament gewählt und war stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Meine fünfjährige Amtszeit als Vizepräsidentin der Europäischen Kommission mit Zuständigkeit für Demokratie und Demografie hat meine kollegiale Arbeitsweise konsolidiert und einen soliden Grundstein für unsere Arbeit in der nächsten Amtszeit gelegt. Kollegialität ist von entscheidender Bedeutung, um die Kohärenz, Wirksamkeit und Qualität unserer politischen Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Gemeinsam mit der Präsidentin und all meinen Kolleginnen und Kollegen werde ich die Prioritäten der Europäischen Union umsetzen! Ich habe eine solide Erfolgsbilanz, was die uneingeschränkte Achtung der EU-Verträge und die Verpflichtung, im europäischen Interesse zu handeln, angeht. Meine Unabhängigkeit ist nicht verhandelbar. Im Falle meiner Bestätigung werde ich mich in vollem Umfang an den Wortlaut und den Geist des Vertrags halten und gemäß den Verpflichtungen

aus dem Vertrag (Artikel 17 Absatz 3 EUV, Artikel 245 und Artikel 339 AEUV) im europäischen Interesse handeln und keine Weisungen entgegennehmen. Ich verpflichte mich, jegliche Situation zu vermeiden, in der meine Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Verfügbarkeit für die Kommission infrage gestellt werden könnten. Ich werde den Verhaltenskodex der Mitglieder der Europäischen Kommission und dessen Bestimmungen über Interessenkonflikte weiterhin achten. Meine Interessenerklärung ist vollständig und öffentlich zugänglich. Auch künftig werde ich sie bei Bedarf zügig aktualisieren. Meine Bilanz als langjähriges Mitglied des Europäischen Parlaments ist ein konkreter Beleg, dass ich allen Verpflichtungen gegenüber den Organen nachgekommen bin.

Im Einklang mit den Zielen der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 und des dritten Aktionsplans zur Gleichstellung der Geschlechter werde ich den Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter erneut in allen unter meine Zuständigkeit fallenden Bereichen anwenden. In meinem jetzigen Kabinett sind Frauen gut vertreten. Ich sehe keinen Grund, meinen diesbezüglichen Ansatz zu ändern. Wer sich für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzt, muss auch in der Praxis entsprechend handeln. Als ehemalige Abgeordnete, die 2013 zum Europäischen Parlament kam, und als Vizepräsidentin der EVP-Frauenvereinigung bin ich eine aktive Verfechterin der Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen der europäischen Politik und in den europäischen Entscheidungsprozessen. Im FEMM-Ausschuss habe ich an der Verbesserung der Rechtsvorschriften zur Gleichstellung gearbeitet. Ich habe der ersten Europäischen Kommission mit ausgewogenem Männer-Frauen-Verhältnis angehört – eine Bereicherung unserer Politikgestaltung. In meiner bisherigen Funktion hatte ich die Federführung für die Strategie für die Rechte des Kindes inne. Ich verfüge über umfangreiche Erfahrungen mit Kindern und Jugendlichen, auch aus generationenübergreifender Perspektive. Ein Drittel der Teilnehmenden der europäischen Bürgerforen (die auf den Bürgerforen der Konferenz zur Zukunft Europas basieren, die ich mitgeleitet habe) sind junge Menschen. Im Rahmen meines Gesamtkonzepts zur Bürgerbeteiligung an unserer Arbeit werde ich jedes Jahr Politikdialoge mit jungen Menschen organisieren. Im Falle meiner Bestätigung werde ich mich auf die Stärkung der strategischen Rolle der EU in der Region konzentrieren und dem neuen Pakt für den Mittelmeerraum, einer umfassenden Strategie auf der Grundlage einer bilateralen und regionalen Agenda mit konkreten Initiativen, etwa zur Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und saubere Technologien, Bildung und Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen Vorrang einräumen. Als Leiterin der kroatischen parlamentarischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Mittelmeers erhielt ich große Unterstützung für meinen Bericht über die künftigen großen Herausforderungen im Mittelmeerraum, einschließlich der Auswirkungen demografischer Faktoren. Damit verfüge ich über langjährige Erfahrungen für meine zukünftige Zuständigkeit für den Mittelmeerraum, falls ich bestätigt werde.

2. Verwaltung des Geschäftsbereichs und Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament

Können Sie zusagen, dass Sie das Parlament ordnungsgemäß über Ihre Tätigkeiten und die Tätigkeiten Ihrer Dienststellen informieren? Inwiefern sehen Sie sich gegenüber dem Parlament als rechenschaftspflichtig?

Welche konkreten Zusagen können Sie uns geben, was Ihre Zusammenarbeit mit dem Parlament bzw. Ihre Anwesenheit sowohl in den Ausschüssen als auch im Plenum anbelangt und was Transparenz, Kooperation und wirksame Folgemaßnahmen zu den Standpunkten des Parlaments und Aufforderungen zur Vorlage von Gesetzgebungsinitiativen betrifft? Sind Sie im Hinblick auf geplante Initiativen und laufende Verfahren bereit, dem Parlament gleichberechtigt mit dem Rat zeitnah Informationen zu übermitteln und Einsicht in Unterlagen zu gewähren?

Meine berufliche Laufbahn, einschließlich meiner jetzigen Funktion zeigt die Bedeutung, die ich den interinstitutionellen Beziehungen beimesse, insbesondere den Beziehungen zum Europäischen Parlament. Die Achtung der Mitglieder war bei meiner Arbeit stets ein Leitprinzip, und ich werde diesen Ansatz fortsetzen, wenn ich in dieser neuen Rolle bestätigt werde. Als Mitglied des Europäischen Parlaments habe ich von der Europäischen Kommission uneingeschränkte Transparenz gefordert. Im Falle meiner Bestätigung werde ich dieser Forderung erneut nachkommen, wie es sich in einer gut funktionierenden und resilienten repräsentativen Demokratie gehört. Das sind keine leeren Versprechungen. Meine Bilanz spricht für sich. Meine erste offizielle Rede als Vizepräsidentin der Europäischen Kommission habe ich am 15. Januar 2020 vor dem Europäischen Parlament gehalten. Ich habe damals gesagt, dass das Parlament bei unserem Streben nach konkreten Ergebnissen für die Bürgerinnen und Bürger wie ein guter Freund und verlässlicher Partner ist. Durch einen offenen Dialog und eine effiziente Zusammenarbeit mit dem Parlament werde ich sicherstellen, dass unsere Initiativen die Wünsche und Bedürfnisse der Europäerinnen und Europäer widerspiegeln, während wir die Agenda für eine verstärkte Mittelmeer-Partnerschaft voranbringen. Ich habe mich regelmäßig mit geschätzten Mitgliedern des Europäischen Parlaments getroffen, die als Berichterstatter, Schattenberichterstatter und Koordinatoren tätig waren.

2019 habe ich mich schriftlich verpflichtet, stets für eine vertiefte Zusammenarbeit mit allen europäischen Institutionen einzutreten. Ein Beispiel ist die Konferenz zur Zukunft Europas: Wir haben die Gemeinsame Erklärung ausgearbeitet und das Gemeinsame Sekretariat – ein Novum – eingerichtet, um unsere gemeinsame Arbeit zu erleichtern. Nach Abschluss der Beratungsphase haben wir weiter zusammengearbeitet und uns mit den Folgemaßnahmen und Rückmeldungen zur Konferenz befasst – jedes Organ gemäß seinem Zuständigkeitsbereich. Wie in den Politischen Leitlinien von Präsidentin von der Leyen dargelegt, werde ich das Kollegium unterstützen, indem ich an den Plenardebatten, Ausschusssitzungen und Trilog-Gesprächen, die für meinen vorgeschlagenen Geschäftsbereich relevant sind, teilnehme. Um die besonderen Beziehungen zwischen dem Parlament und der Kommission weiter zu stärken, werde ich ein Umfeld der Achtung und des Vertrauens fördern, einschließlich des Austauschs unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit dem AFET-Ausschuss und anderen einschlägigen Ausschüssen und Arbeitsgruppen. Bei meiner Arbeit im Bereich Demokratie und Demografie habe ich mit mehreren Ausschüssen – dem EMPL-, dem AFCO-, dem LIBE- und dem FEMM-Ausschuss – ich einen regelmäßigen Austausch sowohl über neue Vorschläge als auch über den Stand der verschiedenen Initiativen geführt. Im Falle meiner Bestätigung werde ich mich weiterhin für einen transparenten Informationsfluss einsetzen.

Die Zusammenarbeit mit dem Parlament, dem einzigen Organ, das die europäischen Bürgerinnen und Bürger direkt vertritt, ist angesichts Ihrer Rolle als einem der beiden Legislativorgane von entscheidender Bedeutung. Ich verpflichte mich, die Bestimmungen der Verträge bei unserer Zusammenarbeit vollständig umzusetzen. Ich werde sicherstellen, dass die meiner Verantwortung unterstehenden Dienststellen konsequent und proaktiv anbieten, die Abgeordneten in einem geeigneten Format zu informieren. Unsere Beziehungen werden auf Loyalität, Vertrauen, Transparenz, einem wechselseitigen Informationsfluss und gegenseitiger Unterstützung basieren. Ich werde mich weiterhin von Grundsätzen leiten lassen, die der Rahmenvereinbarung von 2010 dargelegt sind. Ich stehe auch hinter der Zusage der Präsidentin, weiterhin eine stärkere Rolle des Parlaments bei der Vorlage und Gestaltung von Rechtsvorschriften zu unterstützen und die vom Parlament angenommenen Entschlüsse nach Artikel 225 mit Legislativvorschlägen auf der Tagesordnung der Kommission mit hoher Priorität zu behandeln und in einem strukturierten Dialog mit den zuständigen Ausschüssen weiterzuerfolgen.

Meine Arbeit an einem neuen Pakt für den Mittelmeerraum wird dank Ihrer Erfahrungen mit der Nachbarschaft und der Vertiefung strategischer und umfassender Partnerschaften in der Region den Stempel des Europäischen Parlaments tragen. Ich verpflichte mich, rechtzeitig, sachdienlich und umfassend mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammenzuarbeiten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch die Bedeutung hervorheben, die ich den interinstitutionellen Beziehungen im Allgemeinen und insbesondere im Hinblick auf die Aufrechterhaltung einer ausgezeichneten Zusammenarbeit mit den beratenden Gremien des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Europäischen Ausschusses der Regionen beimesse.

Fragen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

3. In den politischen Leitlinien der nächsten Kommission für den Zeitraum von 2024 bis 2029 wird betont, dass die Vorgehensweise in Bezug auf die weitere Nachbarschaft der EU, insbesondere den Mittelmeerraum, strategischer ausgerichtet werden muss. Ihr Geschäftsbereich umfasst nicht nur den Mittelmeerraum, sondern auch die weitere südliche Nachbarschaft, einschließlich des Nahen Ostens. Was ist Ihr Verständnis von der Aufgabenteilung zwischen Ihnen und dem Vizepräsidenten/Hohen Vertreter in Bezug auf die Region Naher Osten und Nordafrika (MENA) und von der Ergänzung Ihrer Funktionen? Was wären – ohne den Entscheidungsprozessen der Kommission vorzugreifen – Ihre konkreten kurz-, mittel- und langfristigen Prioritäten und Zielsetzungen bzw. Ziele für diesen Geschäftsbereich (für die Dauer Ihres Mandats)? Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten (internationalen, regionalen, bilateralen, institutionellen usw.) Herausforderungen bei der Verwirklichung dieser Prioritäten und Ziele, und wie wollen Sie diese überwinden?

Es ist mir eine Ehre, dass die Präsidentin mich für die Leitung dieses strategisch wichtigen Ressorts designiert hat. Ich bin mir der großen Verantwortung, die dies mit sich bringt, voll und ganz bewusst: dabei geht es insbesondere um die Neugestaltung der Beziehungen zwischen der EU und der weiteren südlichen Nachbarschaft in einer besonders schwierigen Zeit.

Im Falle meiner Bestätigung wird mein übergeordnetes Ziel darin bestehen, das gesamte Spektrum der politischen Maßnahmen und Instrumente der EU in folgenden Bereichen zu nutzen:

- a. Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit

- b. Energie
- c. Verkehr
- d. digitale Konnektivität
- e. Migration einschließlich Fachkräftepartnerschaften
- f. weitere Politikbereiche

Meine Vision ist es, diese Maßnahmen und Instrumente zu nutzen, um zu Stabilität, Frieden und Wohlstand in der Region beizutragen. Wir müssen unsere Partnerschaft pflegen und den Ruf und die Glaubwürdigkeit der EU als zuverlässiger und wichtiger Partner weiter stärken. Ich bin mir aber auch voll und ganz der zahlreichen **Herausforderungen** bewusst, die zu bewältigen sind.

1. Das Ausmaß der Instabilität im Nahen Osten ist beispiellos und führt zu einem erheblichen Bedarf an humanitärer Hilfe und potenziellen Flüchtlingsbewegungen. In Nordafrika sind angesichts der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der hohen Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen höhere Investitionen erforderlich.
2. Unsere Konkurrenten machen in der Region Fortschritte. Länder wie China und Russland verbreiten ihre eigenen Narrative und fördern ihre eigenen Interessen, während der Ruf der EU unter Druck steht.
3. Der zivilgesellschaftliche Raum wird in vielen Ländern kleiner, und es gibt Rückschritte bei Demokratie und Grundfreiheiten. Dies beeinträchtigt den wirtschaftlichen Wohlstand und die Stabilität sowie die langfristige Sicherheit auf nationaler und regionaler Ebene.
4. Viele Volkswirtschaften der Region sind fragil und von hoher Inflation, einer schlechten Zahlungsbilanz, langsamem Wachstum und hoher struktureller Arbeitslosigkeit betroffen.
5. Während die Region ein rasches Bevölkerungswachstum verzeichnet, sind Frauen und junge Menschen nicht ausreichend in den Arbeitsmarkt integriert, was zu verpassten Chancen und schwachen Wirtschaftsleistungen führt.
6. Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und dem Zugang zu Ressourcen setzen die anfälligsten Bevölkerungsgruppen und Schlüsselsektoren wie Landwirtschaft und Tourismus weiter unter Druck, was negative Spillover-Effekte nach sich zieht.

Wir wollen mit der südlichen Nachbarschaft einen konstruktiven Dialog führen und auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und Werte konstruktiv zusammenarbeiten. Und wenn wir verschiedene politische Maßnahmen einsetzen, können wir Chancen bieten, die für beide Seiten von Nutzen sind.

Sollte ich als Kommissarin bestätigt werden, werde ich **eng mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin zusammenarbeiten**. Da ich bereits Mitglied des Kollegiums gewesen bin, bin ich mit dem Grundsatz der Kollegialität bei unserem Streben nach konkreten Ergebnissen für unsere Bürgerinnen und Bürger sehr vertraut. In enger Zusammenarbeit mit der HR/VP werden wir für eine einheitliche Antwort der EU auf die komplexen Herausforderungen im Mittelmeerraum, einschließlich des Nahen Ostens, Nordafrikas und der Golfstaaten, sorgen. Um die Stimme und die Rolle der EU in der Region zu stärken, wird eine wirksame und enge Koordinierung der verschiedenen politischen Maßnahmen, deren Umsetzung durch diplomatische Bemühungen unterstützt wird, von entscheidender Bedeutung sein. Im Falle meiner Bestätigung werde ich die Vorbereitungen für einen **neuen Pakt für den Mittelmeerraum** leiten und eng mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin und anderen zuständigen Kollegen im Kollegium zusammenarbeiten. Es besteht Einvernehmen mit unseren Partnern, dass eine verstärkte Partnerschaft im Mittelmeerraum ein strategisches Gebot ist, das für unseren gemeinsamen nachhaltigen Wohlstand, unsere Sicherheit und unsere Resilienz von entscheidender Bedeutung ist. Dies ist ein solider Ausgangspunkt – ausgehend davon kann in der Gegenwart – für die Zukunft – aufgebaut werden. Es besteht kein Zweifel daran, dass die EU in Bezug auf Handel, finanzielle Unterstützung und Mobilität nach wie vor der wichtigste Partner der Region ist. Diese Rolle ist, wie ich bereits sagte, mit einer großen Verantwortung verbunden. Ein Neuer Pakt für den Mittelmeerraum würde einen stärker fokussierten und integrierten Ansatz bieten, mit einem konkreten operativen Rahmen für das Engagement der EU und einem klareren Angebot einer für beide Seiten

vorteilhaften Zusammenarbeit für unsere Partner. Ich bin sicher, dass unsere Partner dies als konstruktiven und positiven Wandel in unseren Beziehungen betrachten werden.

Deshalb sehe ich den Pakt als eine **dreifache Chance**: erstens, um ein klares Zeichen dafür zu setzen, dass die EU ihre Beziehungen zu und in der Region als politische Priorität betrachtet; zweitens, um das Vertrauen durch einen umfassenden Dialog und Konsultationen wiederherzustellen und drittens, um eine mutige und zielgerichtete Agenda vereinbarter und konkreter Prioritäten in Bereichen von beiderseitigem Nutzen auszuarbeiten. Diese sollte auf der bestehenden Agenda für den Mittelmeerraum aufbauen und sich auf Bereiche von beiderseitigem Interesse wie Investitionen, Handel, wirtschaftliche Stabilität, Schaffung von Arbeitsplätzen, Konnektivität, Energie, Verkehr, Ernährung, Sicherheit und Migration sowie Bildung und Wissenschaft konzentrieren. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass die Agenda auf die Menschen ausgerichtet sein muss und dass in diesem Rahmen gemeinsam mit den Partnerländern Initiativen weiterentwickelt werden müssen, die auf gemeinsamen Werten und einem Dialog beruhen, einer verantwortungsvollen Staatsführung förderlich sind und zum Schutz der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheiten beitragen.

Mit dem Pakt würde eine **echte Partnerschaft** gefördert, die auf einem pragmatischen und auf gegenseitigem Interesse beruhenden Ansatz beruht.

Dieser Ansatz sollte dazu beitragen, dass die EU zu einem noch wirksameren Partner bei der Förderung von Stabilität, Wohlstand und Konfliktlösung in der Region wird.

Die **umfassenden und strategischen Partnerschaften** mit interessierten Partnern könnten neben Initiativen von regionaler Dimension die erste Säule des neuen Pakts sein. Mit diesen Partnerschaften wird die Zusammenarbeit in vorrangigen Bereichen von gemeinsamem Interesse erheblich vertieft werden und die Präsenz der EU in der Region gestärkt. Bei unserem gemeinsamen Streben nach Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit, gut gesteuerter Migration und Sicherheit sollte die Achtung der Grundwerte als Richtschnur dienen.

Regionale Investitionsinitiativen könnten die zweite Säule des neuen Pakts bilden, um großmaßstäblich Investitionen zu mobilisieren und zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Wachstum in der Region beizutragen. Im Falle meiner Bestätigung werde ich mich bemühen, die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Partnern in der Region, insbesondere in den Bereichen Energie und saubere Technologien, erheblich auszubauen. Gemeinsam mit dem für Energie und Wohnungswesen zuständigen Kommissionsmitglied und mit Partnern in der Region würde ich eine **transmediterrane Kooperationsinitiative für Energie und saubere Technologien** ins Leben rufen, um den Handel mit erneuerbaren Energien zu steigern und die Fertigung sauberer Technologien in der Region zu fördern, insbesondere im Rahmen von Global Gateway. Dies wird zu einem dreifachen Gewinn für die EU und unsere Partner führen – in Bezug auf die Dekarbonisierung, den Zugang zu wettbewerbsfähiger erneuerbarer Energie und auf die sozioökonomische Entwicklung – als Ergebnis der Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen in diesen Sektoren mit hohem Potenzial. Auf diese Initiative könnten weitere regionale Investitionsinitiativen folgen, mit den Schwerpunkten digitale Konnektivität und Verkehrsanbindung.

Sollte ich als Kommissarin bestätigt werden, werde ich auch mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin bei der Entwicklung einer neuen **Strategie für den Nahen Osten** mit Blick auf die Zeit nach dem Krieg im Gazastreifen zusammenarbeiten, wobei es in erster Linie darum gehen wird, alle Schritte zu fördern, die für eine Zweistaatenlösung erforderlich sind, und die Partnerschaften mit wichtigen regionalen Interessenträgern zu stärken. Die Strategie würde ein Programm zur Begleitung **der Palästinensischen Behörde** bei dringend benötigten Reformen und bei dem Modernisierungsprozess sowie Initiativen zur Unterstützung der **Erholung und des Wiederaufbaus von Gaza** umfassen, sobald die Situation dies zulässt. Ich werde darauf hinarbeiten, unsere Zusammenarbeit mit Libanon zu intensivieren, um sicherzustellen, dass der unmittelbare Bedarf gedeckt wird, und zwar in enger Abstimmung mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin und dem für Krisenvorsorge und -management zuständigen Kommissionsmitglied.– Wir werden unsere Anstrengungen zur Unterstützung von Flüchtlingen in der gesamten Region und in Syrien verstärken müssen, auch im Hinblick auf die freiwillige Rückkehr, und nach Wegen suchen, diese Menschen innerhalb des vom Europäischen Rat festgelegten politischen Rahmens wirksamer zu unterstützen. Die Einbeziehung unserer internationalen Partner und internationaler Organisationen wird für den Erfolg dieser Bemühungen von entscheidender Bedeutung sein.

Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit den **Golfstaaten** von entscheidender Bedeutung. Die EU und diese Region könnten im Hinblick auf wirtschaftliche Chancen und Sicherheitsziele großen Nutzen aus einer stärkeren und strategischer ausgerichteten Partnerschaft ziehen. Als wichtiges Bindeglied zwischen Europa, Asien und Afrika hat die Sicherheitslage und die Stabilität in der Golfregion unmittelbare Auswirkungen auf die EU. Und

auch die EU hat ihrerseits als weltweit größter Binnenmarkt, Handelsblock und Investor, ihrer führenden Rolle in Forschung und Innovation und als wichtiger Vermittler und Förderer von Multilateralismus, Demokratie und sozialem Wandel den Golf-Partnern viel zu bieten. Sollte ich bestätigt werden, werde ich gemeinsam mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin und anderen zuständigen Kommissionsmitgliedern unsere Initiative zur Stärkung der regionalen und bilateralen Zusammenarbeit vorantreiben, einschließlich des angestrebten Abschlusses ?? von **Abkommen über eine strategische Partnerschaft mit jedem der sechs Länder des Golf-Kooperationsrates** (GCC), um unsere bilateralen Beziehungen dank strukturierter, maßgeschneiderter und rechtsverbindlicher Rahmen für die Zusammenarbeit in Bereichen von beiderseitigem Interesse weiter auszubauen. Diese Abkommen könnten bei der Neuausrichtung unserer Agenda für die Zusammenarbeit auf moderne Ziele und die Förderung von Sicherheit, Stabilität und Wirtschaftswachstum zwischen den beiden Regionen eine wichtige Rolle spielen. Im Falle meiner Bestätigung werde ich das Follow-Up des allerersten Gipfeltreffens EU-GCC in Brüssel vom 16. Oktober 2024 übernehmen und in diesem Sinne auch dafür sorgen, dass die EU und die Golfregion ihre Kräfte für den Wiederaufbau des Gazastreifens und für Investitionsinitiativen im Mittelmeerraum bündeln.

Ein solider und strategischer Kommunikationsplan ist ein entscheidendes Instrument, um die EU und ihre Partner in die Lage zu versetzen, die Vorteile unserer Ambitionen wirklich zu nutzen. Ich werde eng mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin im Hinblick auf die gemeinsame Vorlage einen **strategischen Kommunikationsplan** zusammenarbeiten, um die Rolle der EU in der südlichen Nachbarschaft zu fördern, aber auch gegen EU-feindliche Narrative vorzugehen. Es versteht sich von selbst, dass die Empfänger von EU-Mitteln die Herkunft dieser Unterstützung angeben und für Sichtbarkeit sorgen müssen. Es geht auch darum, vor Ort aktiv zu sein. Meine Erfahrung auf verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsebenen wird dazu beitragen, dass wir bei dieser Arbeit mit den lokalen Gemeinschaften zusammenarbeiten können. Unsere Kommunikationsmaßnahmen müssen unsere Ambitionen widerspiegeln und sollte Sensibilisierungs-, Transparenz- und Sichtbarkeitsanforderungen umfassen.

Im Falle meiner Bestätigung als Kommissionsmitglied wird die Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern des Kollegiums und die enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament von entscheidender Bedeutung sein, um unsere kollektiven Stärken auszuschöpfen und die Wirkung unserer Politik in der gesamten Region zu maximieren.

4. Könnten Sie im Einklang mit den politischen Leitlinien der Kommissionspräsidentin zur Stärkung der Beziehungen der Kommission zum Europäischen Parlament im Einzelnen darlegen, wie Sie beabsichtigen,
- das Parlament als vollwertigen Akteur des „Teams Europa“ proaktiv und wirksam von Beginn an in die Ausarbeitung und Entwicklung Ihrer Prioritäten und Ziele einzubinden,
 - regelmäßige Aussprachen im Plenum und mit dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu führen, für einen „strukturierten Dialog“ zu sorgen und sicherzustellen, dass Sie im Falle bedeutender Ereignisse oder wichtiger Entwicklungen kurzfristig im Ausschuss anwesend sein und erforderlichenfalls an den interparlamentarischen Konferenzen über die GASP/GSVP teilnehmen können,
 - sicherzustellen, dass die Standpunkte des Parlaments bei Vorschlägen für Rechtsakte und neuen oder aktualisierten Mitteilungen und Strategien der EU gebührend berücksichtigt werden, und dafür zu sorgen, dass das Parlament und insbesondere sein Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten systematisch und zeitnah über entsprechende Vorschläge und Unterlagen unterrichtet und dazu angehört werden (einschließlich der Anhörung zu außenpolitischen Prioritäten und Standpunkten der EU in Bezug auf die MENA-Region wie dem Vorschlag für einen neuen Pakt für den Mittelmeerraum) und dass die Tätigkeiten der Kommission und des Parlaments besser aufeinander abgestimmt werden (z. B. durch den systematischen frühzeitigen Austausch in Bezug auf vorgesehene Zeitpläne für die Veröffentlichung offizieller Strategiepapiere, Ministertreffen und Gipfeltreffen, Vorschläge zur Aufnahme von Verhandlungen über internationale Abkommen, Menschenrechtsdialoge usw.),
 - sicherzustellen, dass das Parlament sachdienliche Informationen und Unterlagen erhält, die für Ihren Geschäftsbereich maßgeblich sind, einschließlich der dem Rat übermittelten Informationen und Unterlagen, dass der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten unverzüglich und umfassend schriftlich und mündlich über Verhandlungen über internationale Übereinkünfte, einschließlich Absichtserklärungen, unterrichtet wird und dass die Standpunkte des Parlaments vor Beginn und während der Verhandlungen gebührend berücksichtigt werden,
 - dafür zu sorgen, dass dem Parlament einschlägige und sachdienliche nichtöffentliche Informationen im Rahmen von Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden,
 - die Zusammenarbeit, Koordinierung und Wirksamkeit in Bezug auf die Tätigkeiten zur Demokratieförderung von Kommission und Parlament aufrechtzuerhalten und sicherzustellen?

Sollte ich als Kommissionsmitglied für den Mittelmeerraum bestätigt werden, beabsichtige ich, das Europäische Parlament bereits in den allerersten Phasen der Ausarbeitung und Entwicklung meiner Prioritäten und Ziele proaktiv und wirksam einzubeziehen. Meine Tätigkeit als Vizepräsidentin der Europäischen Kommission zeugt

von der Bedeutung, die ich den Beziehungen zum Europäischen Parlament beimesse. Ich werde einen regelmäßigen Meinungsaustausch im Plenum und mit den parlamentarischen Ausschüssen gemäß dem Bedarf im Rahmen von strukturierten Dialogen und punktuellen Dialogen führen. Dies kann bei bedeutenden Ereignissen oder wichtigen Entwicklungen auch kurzfristig geschehen. Ich bin bereit, das Parlament und den Rat über die verschiedenen Phasen der Vorbereitung und Umsetzung neuer strategischer und umfassender Partnerschaften zu unterrichten und dabei das institutionelle Gleichgewicht unter uneingeschränkter Achtung der Vorrechte des Parlaments im Bereich der demokratischen Kontrolle und des geltenden Rechtsrahmens zu wahren.

Ich werde dafür sorgen, dass das Parlament die einschlägigen Informationen und Dokumente erhält und dass der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten umfassend über die Verhandlungen über internationale Abkommen informiert wird. Ich werde auch dafür sorgen, dass die Standpunkte des Parlaments gebührend berücksichtigt werden. Darüber hinaus werde ich dem Parlament bei Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit sachdienliche und relevante nichtöffentliche Informationen zur Verfügung stellen, wobei der Notwendigkeit, den Schutz vertraulicher oder hochsensibler Informationen zu gewährleisten, gebührend Rechnung getragen wird.

Wenn ich ernannt werde, werde ich dafür sorgen, dass das Parlament im Rahmen des halbjährlichen hochrangigen geopolitischen Dialogs über das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI/Europa in der Welt) aussagekräftige Informationen darüber erhält, wie die EU-Mittel in Bezug auf die Mittelmeerländer programmiert und eingesetzt werden. In der Frage, wie eine bessere Verwendung der Finanzmittel, die in meinen Zuständigkeitsbereich fallen, sichergestellt werden kann, werde ich weiterhin offen für den Standpunkt des Parlaments sein.

Ich bin bereit zu sondieren, wie ich mit der Arbeit der interparlamentarischen Delegationen und der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum zusammenarbeiten könnte, um ein gegenseitiges Verständnis für gemeinsame Herausforderungen und Lösungen zu entwickeln.

Ich werde auch eng mit dem Europäischen Parlament und dem Rat zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass Transparenz als Richtschnur für die verschiedenen Prozesse im Zusammenhang mit der südlichen Nachbarschaft dient, und um koordinierte und kohärente Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen von Wahlbeobachtungsmissionen und anderen Initiativen zur Förderung demokratischer Standards und zur Stärkung der politischen Stabilität in der Region sicherzustellen.

Als ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments schätze ich die Rolle, die das Europäische Parlament spielt, auch durch parlamentarische Diplomatie und Missionen. Als ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten habe ich die Bedeutung der Arbeit dieses Ausschusses sehr geschätzt und werde seine Rolle in unserem politischen Entscheidungsprozess weiter erleichtern.

5. Der Mittelmeerraum steht weiterhin vor großen Herausforderungen wie Konflikten, Krisen und irregulärer Migration, die erhebliche Hindernisse für die politische Stabilität und Entwicklung sowie für Frieden und Sicherheit darstellen. Sie wurden (in Zusammenarbeit mit dem Vizepräsidenten/Hohen Vertreter) mit der Leitung der Arbeiten am neuen Pakt für den Mittelmeerraum beauftragt, der zeitnah auf die neue Agenda für den Mittelmeerraum aus dem Jahr 2021 folgen soll. Inwiefern konnte mithilfe der neuen Agenda von 2021 tatsächlich ein Beitrag zur Verbesserung der Lage geleistet werden? Inwiefern kann mit dem neuen Pakt besser auf die Herausforderungen reagiert werden, und wie begründen Sie die Notwendigkeit eines umfassenderen Pakts? Wie beabsichtigen Sie, für einen partizipativen Prozess zu sorgen, bei dem das Parlament und die Partnerländer – anders als bei der Ausarbeitung der neuen Agenda – in die Ausarbeitung der Strategie einbezogen werden? Wie würden Sie proaktiv und effektiv mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten, und zwar von Beginn an bei der Ausarbeitung und Entwicklung dieses neuen Paktes, bei seiner Umsetzung und Durchführung sowie in Bezug auf den neuen strategischen Kommunikationsplan zur Förderung der Rolle der EU in der südlichen Nachbarschaft, der darauf abzielen soll, falschen Narrativen und Desinformation entgegenzuwirken, insbesondere – und auch im Vorfeld des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens – in Bezug auf finanzielle Zusagen? Wie würden Sie die Wahrung der Menschenrechte bei der Umsetzung des neuen Pakets sicherstellen?

In der Zeit nach der Coronakrise wurden in der 2021 angenommenen Agenda für den Mittelmeerraum unsere gemeinsamen Ziele für Frieden, Stabilität und Wohlstand an beiden Seiten des Mittelmeers festgelegt. Diese Ziele haben auch heute noch Gültigkeit. Die fünf Prioritäten der neuen Agenda für den Mittelmeerraum bilden seither den Rahmen für die Zusammenarbeit mit unseren Partnern, und der dazugehörige Wirtschafts- und Investitionsplan ermöglicht die Mobilisierung von bis zu 30 Mrd. EUR für Projekte und Investitionen in

Schlüsselbereichen wie Energie, Umwelt, Wasser/Sanitärversorgung, Landwirtschaft, Digitales, Verkehr, Humankapital und Entwicklung des Privatsektors. Im September 2024 beliefen sich die mobilisierten Mittel auf 23,5 Mrd. EUR.

Aufgrund der allgemeinen geopolitischen Entwicklungen hat sich die Lage in der Region jedoch in jüngster Zeit erheblich verändert und hat sich insbesondere infolge der Konflikte in der Region und ihrer Nachbarschaft, wie beispielsweise in Gaza, in der Sahelzone oder in der Region des Horns von Afrika, verschlechtert. Angesichts der strategischen Bedeutung des Mittelmeerraums für unsere eigene Sicherheit und Stabilität, unseren Wohlstand und unserer engen Beziehungen zu der Region ist dringend ein stärker zielgerichteter und strategischer Ansatz erforderlich, wenn der Einfluss und die Wirkung der EU ihren Investitionen entsprechen sollen.

Der Pakt sollte die Diplomatie der EU stärken und auf den neuen umfassenden und strategischen Partnerschaften aufbauen, die mit Tunesien und Ägypten im Juli 2023 bzw. Juni 2024 geschlossen wurden. Diese Partnerschaften haben eine positive Dynamik angestoßen, und es wurden greifbare Fortschritte in Bereichen erzielt, die für die EU von entscheidender Bedeutung sind. Wir haben damit nun nützliche Instrumente an der Hand, um den Dialog mit den nationalen Behörden entsprechend unserem gemeinsamen Wunsch nach echten Partnerschaften zu verstärken.

Um das Angebot im Rahmen des neuen Pakts für den Mittelmeerraum ambitionierter und wirkungsvoller zu gestalten, schlage ich vor, dass wir uns auf zwei Arbeitsbereiche konzentrieren: Zum einen sollten wir strategische und umfassende Partnerschaften mit Partnern in der Region verfolgen, und zum anderen sollten wir die regionale Dimension auf eine neue Ebene bringen. Dazu sollten regionale Investitionsinitiativen in Bereichen wie Energie, digitale Konnektivität und Verkehrsanbindung, Sicherheit und Fachkräftepartnerschaften vorgeschlagen werden, mit konkreten Initiativen zur Gewährleistung der Umsetzung, wie z. B. der in meinem Mandatsschreiben genannten Transmediterranen Initiative für die Zusammenarbeit im Bereich Energie und saubere Technologien.

Bei der Ausarbeitung dieses Pakts werde ich Hand in Hand mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin und mit den Ländern der Region – mit Regierungen und nichtstaatlichen/zivilgesellschaftlichen Akteure und Interessenträgern – sowie mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Angesichts der demografischen Entwicklung in der Region wird insbesondere die Zusammenarbeit mit **jungen Menschen** Priorität haben.

Ich bin überzeugt, dass dem Europäischen Parlament eine wichtige Rolle zukommt, und ich bin sehr daran interessiert, die Beiträge des Parlaments bei der Gestaltung der Strategie für die Region und bei der Stärkung ihrer Umsetzung auf allen Ebenen zu nutzen.

Ich bin fest entschlossen, die verfügbaren Instrumente verantwortungsvoll und im Einklang mit den festgelegten Prioritäten sowie unter Einhaltung aller geltenden institutionellen Vorschriften zu nutzen, einschließlich eines regelmäßigen Austauschs im Rahmen des hochrangigen geopolitischen Dialogs. Für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass alle erforderlichen Instrumente für die Umsetzung unserer Partnerschaften in der Region zur Verfügung stehen und ausreichend Flexibilität für Notfälle und neue Prioritäten gegeben ist. Eine effiziente Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament bei der Klärung und Förderung dieser Prioritäten wird von entscheidender Bedeutung sein.

Ich werde die Sichtbarkeit der EU durch eine positive und proaktive, aber auch maßgeschneiderte Kommunikation fördern. Zu diesem Zweck werde ich, wie in meinem Mandatsschreiben vorgesehen, eng mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin in der gesamten Region zusammenarbeiten, um einen **strategischen Kommunikationsplan** zu entwickeln, durch den die Rolle der EU in der südlichen Nachbarschaft gefördert, aber auch gegen EU-feindliche Narrative vorgegangen werden soll. In diesem Zusammenhang werde ich außerdem eng mit dem für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit zuständigen Kommissionsmitglied zusammenarbeiten, um Strategien zur Bekämpfung von Desinformation, Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, die darauf abzielen, die EU und unser Handeln zu diskreditieren oder zu untergraben, weiterzuentwickeln. Es bedarf überzeugender Narrative, **die auf die lokale Bevölkerung eingehen und lokal unterschiedliche Einstellungen berücksichtigen**. Die Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Dienst, mit unabhängigen Medien und mit Organisationen der Zivilgesellschaft ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung, um Fehlinformationen, Desinformation und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland zu bekämpfen. Im Falle meiner Bestätigung werde ich den strategischen Kommunikationsplan im Hinblick auf die weitere Ausarbeitung mit dem Parlament erörtern.

Gleichzeitig müssen die **europäischen Bürgerinnen und Bürger und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler** über die Politik der EU in der Region, einschließlich der finanziellen Unterstützung, besser aufgeklärt werden. So soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass das fortlaufende Engagement der EU in der Region eine

Investition in Europas eigene Sicherheit, in ein besseres Migrationsmanagement sowie in Europas Stabilität und Wohlstand ist. Im Falle meiner Bestätigung wäre es mein Ziel, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass der Mittelmeerraum viele Chancen für die EU bietet. Dies soll auf der Grundlage konkreter Initiativen erfolgen wie z. B. durch die transmediterrane Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und saubere Technologien, die für die EU und unsere Partnerländer von beiderseitigem Nutzen sein können. Ich werde einige der Erkenntnisse aus der Konferenz zur Zukunft Europas beherzigen, wenn es darum geht, unsere Bürgerinnen und Bürger über die Auswirkungen des Engagements in der südlichen Nachbarschaft zu informieren.

Die Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze sind die Eckpfeiler der Europäischen Union und von zentraler Bedeutung für die Partnerschaften der EU mit anderen Ländern. In den Verträgen sind außerdem sowohl die Grundsätze, auf denen das auswärtige Handeln der EU beruht, als auch die Ziele der EU festgelegt. Dazu gehört die Wahrung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Grundsätze des Völkerrechts sowie die Festlegung strategischer Interessen und Ziele. Die praktische Umsetzung des Pakts für den Mittelmeerraum, einschließlich des Abschlusses der strategischen und umfassenden Partnerschaften, bildet keine Ausnahme. Im Falle meiner Bestätigung verpflichte ich mich dazu, mich bei der Vorbereitung und Umsetzung des neuen Pakts weiterhin an der Achtung und Förderung dieser Grundsätze zu orientieren.

6. Wie beabsichtigen Sie, den Vizepräsidenten/Hohen Vertreter in Bezug auf den Nahen Osten zu unterstützen, und welche Neuerungen würden sich durch die neue Strategie der EU für den Nahen Osten gegenüber der bestehenden gemeinsamen Strategie für Palästina ergeben, die auf der Friedenstag-Initiative der vorherigen Kommission aufbaut und darauf abzielt, die diplomatische Rolle der EU bei den Bemühungen um einen dauerhaften Frieden auf der Grundlage der Zweistaatenlösung auszubauen? Wie kann das Parlament Sie dabei unterstützen, nicht zuletzt mittels Instrumenten zur Demokratieförderung wie Mediation, Kapazitätsaufbau und Menschenrechtsinitiativen? Wie beabsichtigen Sie, im Rahmen ihrer allgemeinen Bemühungen in Bezug auf den Nahen Osten der Präsenz staatlicher und nichtstaatlicher Akteure in der Region Rechnung zu tragen, die der EU und ihren Werten offen feindlich gegenüberstehen? Wie beabsichtigen Sie, in Bezug auf die in Ihren Geschäftsbereich fallenden Golfstaaten, die nicht Teil der südlichen Nachbarschaft sind, Ergebnisse zu erzielen und mit dem Vizepräsidenten/Hohen Vertreter zusammenzuarbeiten?

Im Falle meiner Bestätigung als Kommissarin werde ich die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin bei der Entwicklung der Strategie der EU für den Nahen Osten unterstützen, um unsere Interessen in einer für beide Seiten vorteilhaften Weise zu fördern und Länder und Gebiete, die sich in einer Krise befinden, zu stabilisieren. In der neuen Strategie für den Nahen Osten soll die Reaktion der EU auf die aktuellen Herausforderungen in der Region mit Blick auf die Zeit nach dem Krieg in Gaza dargelegt werden, wobei der Schwerpunkt darauf liegen soll, alle erforderlichen Schritte für eine Zweistaatenlösung zu fördern und die Partnerschaften mit wichtigen regionalen Akteuren zu stärken. Die Strategie würde ein Programm zur Begleitung **der Palästinensischen Behörde** bei dringend benötigten Reformen und beim Modernisierungsprozess sowie Initiativen zur Unterstützung der **Erholung und des Wiederaufbaus von Gaza** umfassen, sobald die Situation dies zulässt.

Die im Rahmen der neuen Strategie geplante Agenda für die wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte eine wichtige Rolle spielen, da die EU der größte Geber und Handelspartner vieler Länder in der Region ist. Der Abschnitt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dieser Strategie würde auf folgenden Leitprinzipien basieren: Verknüpfung von wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlstand mit Frieden und Stabilität, Aufbau von stärker strategisch ausgerichteten und umfassenden Partnerschaften mit Ländern in der Region sowie Förderung regionaler Initiativen, die zur Deeskalation beitragen. Die Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses, die Förderung aller erforderlichen Schritte hin zu einer Zweistaatenlösung und die Reaktion auf den Bedarf an humanitärer Hilfe werden wichtige Bausteine der Strategie sein. Darüber hinaus erfordert die Entwicklung einer umfassenden Strategie der EU für den Nahen Osten den Aufbau starker Partnerschaften mit wichtigen regionalen Akteuren, insbesondere mit den Golfstaaten und anderen wichtigen Akteuren.

In diesem Zusammenhang könnte es sich als attraktiv erweisen, speziell mit den Mitgliedern des Golf-Kooperationsrates (GCC) bei der Entwicklung der transmediterranen Initiative für die Zusammenarbeit im Bereich Energie und saubere Technologien im Mittelmeerraum zusammenzuarbeiten und gemeinsame Investitionen unserer jeweiligen Finanzinstitutionen im transkaspischen Verkehrskorridor, insbesondere in Zentralasien, zu prüfen. Des Weiteren ist die EU bereit, sich mit den Mitgliedern des Golf-Kooperationsrates an der Umsetzung des Wirtschaftskorridors Indien-Nahost-Europa (IMEC) zu beteiligen, einer wichtigen Initiative, die das Potenzial hat, die Verbindung zwischen unseren Regionen zu stärken. Diese Initiativen werden nicht nur konkrete Geschäftsmöglichkeiten für unsere jeweiligen Regionen und für die Regionen, in denen wir uns gemeinsam

engagieren, eröffnen, sondern gleichzeitig auch die Sicherheit und Stabilität in der Region fördern – ein zentrales Anliegen sowohl der EU als auch der Golfstaaten.

Ferner werden weitere Bereiche der Zusammenarbeit und Abstimmung erkundet, einschließlich der Mobilität von Fachkräften und Bürgerinnen und Bürgern, werden als integraler Bestandteil der neuen umfassenden Partnerschaften mit einzelnen Golfstaaten auf Basis ihrer spezifischen Interessen und Errungenschaften, auch im Bereich der Sicherheit.

Gemeinsam mit den anderen Kommissionsmitgliedern werde ich während meiner Amtszeit weiter auf diese Ziele hinarbeiten.

Ich bin überzeugt, dass den interparlamentarischen Delegationen ein hoher Stellenwert zukommt, wenn es darum geht, eine stärkere diplomatische Rolle der EU in der Region sicherzustellen. Darüber hinaus unterstützt die Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen des Europäischen Parlaments die Bemühungen der EU, Demokratie und Menschenrechte auf internationaler Ebene zu fördern, und ich beabsichtige, die Arbeit dieser Gruppe zu unterstützen.

Im Rahmen der allgemeinen Bemühungen zur Vermeidung einer weiteren Destabilisierung ist die kontinuierliche Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren wichtig – auch mit Akteuren, die nicht unbedingt unsere Ansichten teilen. Diese Zusammenarbeit ist ein wesentliches Mittel zur kontinuierlichen Verteidigung universeller Grundwerte, einschließlich der Achtung des Völkerrechts, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten.

7. Wie würden Sie in Bezug auf die Finanzierungsinstrumente für Außenmaßnahmen die Kohärenz, Effizienz und Transparenz der Unterstützung in der südlichen Nachbarschaft verbessern, strenge Auflagen anwenden und sicherstellen, dass das Europäische Parlament bei der strategischen Steuerung der Finanzierungsinstrumente für Außenmaßnahmen eine gestaltende Rolle spielt, unter anderem durch die zeitnahe Bereitstellung schriftlicher Informationen über ihre Umsetzung? Welchen Standpunkt vertreten Sie in Bezug auf den gegenwärtig vorherrschenden Einsatz von Makrofinanzhilfen im Rahmen der Finanzhilfepakete für Partner in der Region, und beabsichtigen Sie, die Vorgehensweise der vorherigen Kommission in dieser Hinsicht fortzusetzen?

Die Kommission hat damit begonnen, neue strategische und umfassende Partnerschaften mit Ländern der südlichen Nachbarschaft aufzubauen. Der wichtigste Grundsatz dieser Partnerschaften besteht darin, das finanzielle Angebot und die politischen Instrumente der EU stärker miteinander zu verknüpfen. Das Ziel ist es, die potenziell aus der Zusammenarbeit entstehenden positiven und für beide Seiten vorteilhaften Auswirkungen zu maximieren, indem nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Wohlstand in der Region vorangetrieben und gleichzeitig andere direkte Interessen der EU berücksichtigt werden. Diese umfassenden Angebote beruhen auf der Unterstützung universeller Werte und Grundsätze und sind jeweils auf die spezifische wirtschaftliche und politische Situation zugeschnitten, um sowohl den strategischen Interessen und Bedürfnissen der EU als auch denen unserer Partner Rechnung zu tragen.

Auf diese Grundsätze stützen sich die strategischen und umfassenden Partnerschaften mit Tunesien und Ägypten. In beiden Ländern soll mit diesem Ansatz das enorme Potenzial für Privatinvestitionen in der EU erschlossen werden. Gemeinsam mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst verfolgen die Kommissionsdienststellen die Umsetzung und die Entwicklungen in den Ländern, um sicherzustellen, dass alle festgelegten Bedingungen ordnungsgemäß erfüllt werden. Die strategischen und umfassenden Partnerschaften haben bereits in vielerlei Hinsicht zu positiven Entwicklungen geführt, auch in Bezug auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Stabilisierung, dennoch bin ich angesichts mancher Entwicklungen in einigen Partnerländern besorgt, insbesondere im Hinblick auf den schrumpfenden Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft und die Medien. Ich beabsichtige, die den Grundsatz „mehr für mehr“ mit einem Ansatz zu verfolgen, der ausreichend flexibel ist, um eine gute Zusammenarbeit zu fördern und positive Entwicklungen zu unterstützen. Ich bin entschlossen, dafür zu sorgen, dass die EU-Delegation und unsere Partner die Entwicklungen vor Ort weiterhin sehr aufmerksam verfolgen und mit den Behörden zusammenarbeiten, um solche Probleme konstruktiv anzugehen. Was den Einsatz spezifischer Finanzierungsinstrumente betrifft, so ist zu bedenken, dass diese Partnerschaften maßgeschneidert sind und auf einer begrenzten Anzahl gezielter Prioritäten und Bereiche von gemeinsamem Interesse aufbauen, die für beide Seiten von Nutzen sein können. Je nach den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des jeweiligen Partnerlandes und dessen politischem Reformwillen kann dies auch eine Makrofinanzhilfe (MFA – Vorzugsdarlehen) umfassen, wie es in Ägypten der Fall war. Es sei darauf hingewiesen, dass EU-Darlehen zu

besonders günstigen Bedingungen vergeben werden, da das begünstigte Land von der Bonitätseinstufung der EU profitiert. Außerdem wird durch sie sichergestellt, dass sich die Partnerländer angesichts der Verpflichtung zur Rückzahlung dieser Mittel stark auf deren ordnungsgemäße Verwendung fokussieren.

Ich bin fest entschlossen, in der Zukunft dafür zu sorgen, dass die Nutzung aller zur Verfügung stehenden Instrumente im Rahmen strategischer und umfassender Partnerschaften weiterhin auf einer soliden Analyse der Chancen und Risiken im Zusammenhang mit dem Einsatz solcher Instrumente beruht. Ich bin mir der finanziellen Zwänge durchaus bewusst, werde mich in den anstehenden Beratungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen aber dafür einsetzen, dass alle erforderlichen Instrumente beibehalten werden. Es gilt, ich sagte es bereits, unsere Flexibilität zu wahren. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Einbeziehung des Europäischen Parlaments in dieser Hinsicht wichtig ist, und ich bin entschlossen, während meiner Amtszeit Gespräche mit allen einschlägigen Interessenträgern aufzunehmen.

Dahingehend bin ich der Ansicht, dass der hochrangige geopolitische Dialog eine Schlüsselrolle spielt, und ich werde sicherstellen, dass sowohl meine Dienststellen als auch ich für den Austausch mit dem Europäischen Parlament zur Verfügung stehen.

Frage des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

8. Wie würden Sie vor dem Hintergrund der sich wandelnden Arbeitswelt die demografischen Herausforderungen in Europa – wie die Alterung der Bevölkerung, die Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte und die schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – und deren Folgen für Einzelpersonen und Familien angehen? Welche langfristigen Anreize für das Leben und Arbeiten in der Europäischen Union wollen Sie einführen? Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um die Teilnahme unterrepräsentierter Gruppen am Arbeitsmarkt zu erhöhen? Was sollte Ihrer Ansicht nach in dieser Wahlperiode in diesem Bereich im Mittelpunkt stehen?

Da ich seit 2019 Vizepräsidentin der Kommission für Demokratie und Demografie war, bin ich mir der Herausforderungen in Verbindung mit der **demografischen Realität in Europa** bewusst. Ich freue mich, dass ich die Gelegenheit habe, auf den Erfahrungen aufzubauen, die ich in den letzten fünf Jahren in der laufenden Mandatsperiode gewonnen habe.

Die Bevölkerung Europas altert, und die Erwerbsbevölkerung wird voraussichtlich bis zum Jahr 2050 jährlich um fast 1 Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schrumpfen. Dies hat Auswirkungen auf viele Bereiche unserer Gesellschaft, darunter unsere allgemeine Wettbewerbsfähigkeit, die Produktivität und Dynamik unserer Wirtschaft, das Funktionieren des Arbeitsmarktes, unsere Jugend-, Bildungs- und Gesundheitspolitik sowie unsere öffentlichen Haushalte und die langfristige Tragfähigkeit der Sozialsysteme. Unsere Fähigkeit, dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen, steht auch im Zusammenhang mit unserer Fähigkeit, zu beweisen, dass Demokratie das leisten kann, was gebraucht wird und da wo unsere Bürgerinnen und Bürger es brauchen – für Jung und Alt, in der Stadt und auf dem Land. Der demografische Wandel wirkt sich auch auf unsere Fähigkeit aus, Fortschritte bei der Verwirklichung strategischer Prioritäten wie z. B. beim ökologischen und digitalen Wandel zu erzielen. Darüber hinaus hat der demografische Wandel eine wichtige territoriale Dimension und kann die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten und innerhalb der Mitgliedstaaten verschärfen. Manche Regionen sind stärker betroffen als andere, da sie von einem Bevölkerungsrückgang und einer erheblichen Abwanderung junger Arbeitskräfte betroffen sind.

Im Falle meiner Bestätigung werde ich auf dem aufbauen, was das derzeitige Kollegium und ich in der vorangegangenen Mandatsperiode erreicht haben. Ich werde mein Wissen und meine Erfahrungen einbringen und sicherstellen, dass wir die Ursachen des demografischen Wandels angehen und uns an die neuen Gegebenheiten anpassen, wie es in den politischen Leitlinien 2024-2029 der Präsidentin vorgesehen ist.

Wie in meinem Mandatsschreiben hervorgehoben, wird es meine Priorität sein, das **Instrumentarium zur Bewältigung des demografischen Wandels umzusetzen**. Dieses beinhaltet ein umfassendes Paket bestehender Regelungsinstrumente, politischer Handlungsrahmen und Finanzierungsinstrumente, die auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene zur Verfügung stehen, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung des demografischen Wandels zu unterstützen. Das Instrumentarium zielt darauf ab, Familie und bezahlte Arbeit besser in Einklang zu bringen, jüngere und ältere Generationen zu ermutigen, ihr volles Potenzial zu entfalten, und erforderlichenfalls Hilfe dabei zu leisten, den Arbeitskräftemangel durch legale Migration anzugehen.

Gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Kollegiums werde ich weiterhin mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um sie bei der Umsetzung des Instrumentariums zur Bewältigung des demografischen Wandels auf nationaler und regionaler Ebene zu unterstützen. Wir müssen Synergien mit der Arbeit im Bereich Gleichstellung und Generationengerechtigkeit nutzen. Im Rahmen unseres Ansatzes „Wissenschaft für die Politikgestaltung“ werde ich daran arbeiten, die Forschungsgrundlage und Evidenzbasis unserer Arbeit weiter zu stärken, z. B. in Bezug auf niedrige Geburtenraten in der EU und im Hinblick auf erforderliche Maßnahmen, um die Menschen bei der Verwirklichung ihrer persönlichen Ziele zu unterstützen.

Darüber hinaus werde ich daran arbeiten, die **verstärkte Teilhabe unterrepräsentierter Gruppen am Arbeitsmarkt** zu unterstützen, darunter Frauen, junge Menschen und ältere Erwachsene (über 55-Jährige) sowie Drittstaatsangehörige. Wir können ungenutztes Talentpotenzial erschließen und höhere Erwerbsquoten erzielen, indem wir den spezifischen Bedürfnissen dieser Gruppen gerecht werden. Beispielsweise können wir den Mitgliedstaaten im Hinblick auf ältere Menschen dabei helfen, flexible Arbeitsregelungen einzuführen und bestehende Arbeitsplätze anzupassen sowie politische Maßnahmen zu fördern, die Anreize für die Schaffung von Regelungen für den flexiblen Renteneintritt schaffen, die lebenslange Gesundheits- und Finanzplanung zu unterstützen sowie Stereotype und Diskriminierung zu bekämpfen. Eine Erhöhung der Erwerbsquote, insbesondere bei Frauen und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, kann den Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter teilweise ausgleichen.

Zu diesem Zweck werde ich mit dem gesamten Kollegium zusammenarbeiten, um neue politische Initiativen zu konzipieren und unsere Bemühungen zu ergänzen und auszuweiten. Ich werde insbesondere mit der Exekutiv-Vizepräsidentin für Fachkräfte, Kompetenzen und Vorausschau zusammenarbeiten, unter anderem am Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze und an der EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut, um benachteiligte Gruppen durch gezielte aktive Inklusionsmaßnahmen zu unterstützen und gleichzeitig den Zugang zu sozialen und grundlegenden Diensten sicherzustellen. Durch die Europäische Strategie für Pflege und Betreuung und die dazugehörigen Empfehlungen des Rates sollen die Pflege- und Betreuungsdienste verbessert werden. Dieses Ziel wird durch die neue Initiative für einen kohärenteren Rahmen im Hinblick auf die Herausforderungen der Langzeitpflegekräfte gefördert. Auf diese Weise werden die Bemühungen der Kommission im Bereich der Arbeitsmigration ergänzt, was dazu beitragen soll, Menschen mit den richtigen Kompetenzen für den Bedarf des EU-Arbeitsmarkts zu gewinnen. Erfolgen soll dies insbesondere durch die Einrichtung des EU-Talentpools und die weitere Fokussierung auf Fachkräftepartnerschaften.

Im Rahmen meiner Arbeit werde ich alle mir zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um diese Ziele zu erreichen. Die Aufbau- und Resilienzfazilität, der Europäische Sozialfonds Plus und andere Mittel der Kohäsionspolitik befassen sich bereits mit den Herausforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Wir werden diese Investitionen fortsetzen und erforderlichenfalls die bevorstehende Halbzeitüberprüfung der kohäsionspolitischen Programme nutzen, um unsere Mittel in den Mitgliedstaaten gezielter einzusetzen. Daher werde ich den Exekutiv-Vizepräsidenten für Kohäsion und Reformen bei der Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der rückläufigen Wirtschaftsleistung und dem Bevölkerungsrückgang in einigen Regionen der EU sowie beim Abbau regionaler Ungleichheiten unterstützen, damit die Menschen in ihrer Heimatregion bleiben und arbeiten können. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass der Aspekt der demografischen Chancen und Herausforderungen in allen relevanten Bereichen der Politikgestaltung der EU einbezogen wird und darauf hinarbeiten, unsere Unterstützung zu verstärken, damit die Mitgliedstaaten – auch im Rahmen des Europäischen Semesters – vielfältigere Reformen durchführen können.

Frage des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

9. Ihrem Mandatsschreiben zufolge wurden Sie mit dem Aufbau umfassender und für beide Seiten vorteilhafter Partnerschaften mit Drittländern in der Region beauftragt, für die Sie zuständig sind. Diese sollen auch Migrationsaspekte wie die Umsetzung von „Grenzkontrollen und die Bekämpfung von Schleusern“ unter uneingeschränkter Achtung der Menschenrechte umfassen. Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um sicherzustellen, dass die Umsetzung wirksam erfolgt? Wie würden Sie sicherstellen, dass das Parlament seine Kontrollfunktion während des gesamten Prozesses des Aufbaus solcher Partnerschaften wahrnehmen kann, insbesondere wenn einige der von den Partnerschaften umfassten Bereiche Auswirkungen auf die legislativen Vorrechte des Parlaments haben könnten?

Sollte ich zur für den Mittelmeerraum zuständigen Kommissarin ernannt werden, so bestünde mein Ziel darin, das Migrations- und Asylpaket und insbesondere dessen außenpolitische Aspekte in uneingeschränkter

Zusammenarbeit mit dem für Inneres und Migration zuständigen Kommissionsmitglied umzusetzen. Darüber hinaus würde ich mit den anderen Mitgliedern des Kollegiums zusammenarbeiten, um einen strategischen und koordinierten Ansatz für die externe Dimension der Migrationspolitik der EU weiter zu stärken und dabei auf den bisher erzielten Ergebnissen aufzubauen.

Die Zusammenarbeit mit Ländern des Mittelmeerraums und Drittländern bietet Möglichkeit, die Herausforderungen der Migration auf für beide Seiten vorteilhafte Weise anzugehen. Da die Länder des Mittelmeerraums häufig sowohl Transit- als auch Herkunftsländer sind, muss das Gesamtrouten-Konzept gestärkt werden, um die Nachhaltigkeit und die langfristige Wirkung der EU-Maßnahmen sicherzustellen, wobei auch der breitere Kontext und die Ursachen von irregulärer Migration und von Vertreibung zu berücksichtigen sind.

Innerhalb der umfassenden und strategischen Partnerschaften im Rahmen des neuen Pakts für den Mittelmeerraum wird die Zusammenarbeit im Bereich Migration sowie in anderen Bereichen von beiderseitigem Interesse, einschließlich der Sicherheit, zu den wichtigsten Prioritäten zählen. Ich würde darauf hinwirken, die Partner im Rahmen der Partnerschaften weiterhin in allen migrationsbezogenen Bereichen zu unterstützen, unter anderem in Bezug auf Schutz von Personen in prekären Situationen, Migrationssteuerung und -management, Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel, freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung sowie legale Migration und Mobilität. Unsere Zusammenarbeit mit der südlichen Nachbarschaft geht weit über die Migration hinaus und ist in vielen Bereichen von beiderseitigem Interesse verankert, darunter Investitionen in Bildung, Infrastruktur und die Wirtschaft im Allgemeinen.

In diesem Zusammenhang ist es aus beiderseitigem Interesse wichtig, dass in den Ländern insbesondere für junge Menschen Möglichkeiten geschaffen werden, legale Wege zu wählen, und gleichzeitig die irreguläre Migration verringert wird. Fachkräftepartnerschaften schaffen einen Rahmen für die Zusammenarbeit im Bereich der Mobilität der Arbeitskräfte und können dazu beitragen, Partnerschaften in anderen Bereichen des Migrationsmanagements zu stärken. Zusammen mit anderen Kommissionsmitgliedern würde ich an der Weiterentwicklung dieser Partnerschaften arbeiten, um Engpässe auf dem EU-Arbeitsmarkt in ausgewählten Sektoren und Berufen anzugehen und gleichzeitig zur Kompetenzentwicklung und zum Wirtschaftswachstum in den Herkunftsländern beizutragen.

Es ist ganz klar, dass die Bekämpfung der Schleuserkriminalität und ein rechtbasiertes Migrationsmanagement zusammen mit der Unterstützung der Partner im Bereich des Schutzes von Migrantinnen und Migranten, der freiwilligen Rückkehr, der Bekämpfung der Migrationsursachen sowie im Bereich der legalen Migration weiterhin zu den obersten Prioritäten der EU gehören werden.

Die bisher geleistete Unterstützung hat bereits zu positiven Ergebnissen in verschiedenen Gebieten geführt und dazu beigetragen, die irregulären Migrationsströme in die EU und auch das Risiko von Todesfällen bei oftmals gefährlichen Reisen über das Meer zu verringern. Ich bin fest entschlossen, diesen Weg fortzusetzen, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und die Ziele der EU wirksam umzusetzen.

Das umfassende Migrationskonzept der EU sollte weiterhin auf Solidarität und auf der Achtung der Menschenrechte beruhen. Die Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde von Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen gehört zu den Grundprinzipien der Migrationspolitik der EU im Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen. Unsere Partner sind verpflichtet, diese internationalen Verpflichtungen, einschließlich der Achtung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, zu erfüllen.

Ich werde die Mitglieder des Kollegiums auch bei der Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der Globalen Allianz zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität und neuer operativer Partnerschaften zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität (u. a. durch Maßnahmen im Rahmen der Europäischen multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen – EMPACT) unterstützen.

Die auf den mit unseren Partnerländern geschlossenen Assoziierungsabkommen basierenden strategischen und umfassenden Partnerschaften sind nach wie vor unverbindliche Instrumente. Im Falle meiner Bestätigung werde ich dem Parlament die erforderlichen Informationen übermitteln, was auch frühzeitige Gespräche und Aussprachen einschließt, damit es seine demokratische Kontrolle in verschiedenen Phasen des Prozesses ausüben kann.

Frage des Unterausschusses Menschenrechte

10. Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigen Sie zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Beziehungen zu Partnern in der weiteren südlichen Nachbarschaft auf der Stärkung der Menschenrechte, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundfreiheiten beruhen? Wie beabsichtigen Sie, die Konditionalität in Bezug auf Menschenrechte in dieser Region umzusetzen, insbesondere vor dem Hintergrund der kürzlich unterzeichneten Vereinbarungen (Ägypten, Tunesien usw.)? Sind Sie bereit, mehr Mittel für Programme und Bedienstete bereitzustellen, die im Bereich der Demokratie und der Unterstützung der Zivilgesellschaft in der Region tätig sind?

Die Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze sind die Eckpfeiler der Europäischen Union und integraler Bestandteil der Verwaltung unserer Finanzierung für Außenmaßnahmen, die auch für die strategischen und umfassenden Partnerschaften gelten. Diese beruhen auf gemeinsamen Zielen und beiderseitigen Interessen und sollen der EU dabei helfen, viele wichtige Themen besser anzugehen.

Sollte ich als für den Mittelmeerraum zuständiges Kommissionsmitglied bestätigt werden, werde ich dafür sorgen, dass die Werte und Grundsätze der EU im Bereich der Menschenrechte im Mittelpunkt des neuen Pakts für den Mittelmeerraum und unseres allgemeinen Engagements in der gesamten südlichen Nachbarschaft stehen. Der neue Pakt wird durch eine kontinuierliche, stabile und direkte Unterstützung von nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen sowie von Menschenrechtsverteidigern und Journalisten untermauert, unter anderem durch thematische Programme des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt. Dies sollte Ressourcen für Programme und Bedienstete umfassen, die im Bereich der Demokratie und der Unterstützung der Zivilgesellschaft tätig sind. Wie in meinem Mandatsschreiben dargelegt, werden wir ein integriertes Vorgehen umsetzen, zu dem sowohl die humanitäre Hilfe als auch die Wirtschafts-, Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik beitragen. Angesichts der mit der Inklusion verbundenen Chancen beabsichtige ich, Organisationen der Zivilgesellschaft, die mit Jugendlichen, Kindern, Menschen mit Behinderungen, Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten, Aufnahmegemeinschaften, Frauenrechtsorganisationen und anderen benachteiligten Gruppen arbeiten, kontinuierlich zu unterstützen. Ich möchte betonen, dass ich mit Unterstützung der EU-Delegationen weiter mit lokalen Netzwerken zusammenarbeiten werde, um sicherzustellen, dass EU-Mittel an lokale Organisationen und Basisorganisationen fließen können. Dabei wird jugendbezogenen Initiativen wie den EU-Jugendbotschaftern in unserer Nachbarschaft besondere Priorität eingeräumt. Auch werde ich nicht davor zurückschrecken, Fragen im Zusammenhang mit der Wahrung dieser Werte und Grundsätze im Rahmen regelmäßiger politischer Dialoge offen und konstruktiv zur Sprache zu bringen.

In diesem Sinne beabsichtige ich auch, mich auf Programme zu konzentrieren, die die Korruptionsbekämpfung, die Transparenz der öffentlichen Finanzen, die demokratische Teilhabe, rechtliche und institutionelle Reformen sowie den Kapazitätsaufbau unterstützen. Die Union verfügt über die dafür erforderlichen Instrumente. So werden beispielsweise mit EU-Budgethilfemaßnahmen Reformen im Bereich der öffentlichen Finanzen gefördert. Darüber hinaus arbeitet die Kommission mit internationalen Organisationen wie dem Europarat, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zusammen, um gezielte Unterstützung bei der Konzeption und Umsetzung von Reformen zu leisten. Ich werde weiterhin mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um zu prüfen, wie die Transparenz erhöht werden kann. Die Arbeit an der Haushaltstransparenz im Rahmen der Open-Budget-Partnerschaft ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie die öffentlichen Finanzen transparenter gestaltet werden können.

Und schließlich erfolgt unsere finanzielle Zusammenarbeit mit Drittländern nach einem rechtsbasierten Ansatz. Das bedeutet, dass die internationalen Verpflichtungen, die unsere Partner in Bezug auf die Menschenrechte eingegangen sind, eingehalten werden müssen und dass solide Überwachungsmechanismen vorhanden sind, um sicherzustellen, dass dies der Fall ist. Ich werde die Wirksamkeit dieser Mechanismen überwachen und bereit sein, falls erforderlich entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.